





Sabine Zimmermann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion *DIE LINKE*.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 71263

 (030) 227 – 76227

 sabine.zimmermann@bundestag.de
www.sabine-zimmermann.info

Berlin, 12. März 2009

Zimmermann an Jurk: „Regionalfonds Sachsen“ von 4,2 Mrd. Euro zur Bewältigung der Krise

Deutschland und damit Sachsen droht die tiefste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression in den 1930er Jahren. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann aus Zwickau fordert, aus den Geldern des Bankenrettungspaketes einen „Regionalfonds Sachsen“ von 4,2 Mrd. Euro gegen die Krise einzurichten. Einen entsprechenden Vorschlag hat sie dem sächsischen Wirtschaftsminister Thomas Jurk in einem Brief unterbreitet.

„Die Politik unterschätzt bisher das Ausmaß der Wirtschaftskrise und scheut sich, neue Wege zu gehen. Ich schlage das Instrument eines „Regionalfonds Sachsen“ vor, um in Sachsen einen industriellen Aderlass und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern“, sagt Zimmermann, die mittelstandspolitische Sprecherin ihrer Fraktion im Bundestag ist.

Man muss davon ausgehen, dass die Krise mindestens ein Jahr dauern wird. Gerade mittelständische Betriebe halten das nicht ewig durch. Wer wegen schrumpfenden Eigenkapitals keine Kredite mehr bekommt, muss unterstützt werden. Es muss verhindert werden, dass Firmen mit guten Produkten und Know-how Pleite gehen.

Sie fordert einen Teil der Gelder des Bankenrettungspaketes für regionale Strukturpolitik zu nutzen und zwar unter direkter Kontrolle der Vertreter der Kommunen, Arbeitgeber und Gewerkschaften vor Ort.

„Jeder Bundesbürger haftet mit rund 6.000 Euro für den Bankenfonds. Ich will davon nur ein Sechstel den lokalen Akteuren zur Verfügung stellen. Damit wird regionaler Sachverstand einbezogen, Betroffene vor Ort werden beteiligt. Das wäre ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Krise und zu mehr Demokratie“, so die Abgeordnete.


Bisher entscheiden weniger als ein Dutzend Spitzenbeamte und Wirtschaftsmanager in Berlin über die Milliardenhilfen. Oft sind die Kriterien

PRESSMITTEILUNG




Sabine Zimmermann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion *DIE LINKE*.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 71263

 (030) 227 – 76227

 sabine.zimmermann@bundestag.de
www.sabine-zimmermann.info

der Mittelvergabe nicht nachvollziehbar. Banken und Konzerne erhalten Gelder, bauen aber trotzdem Personal ab.

Nach dem Vorschlag von Zimmermann würde Sachsen 4,2 Milliarden Euro erhalten. Das ist mehr als das zehnfache der Mittel, die die Landesregierung bisher mit ihrem Bürgschaftsprogramm für den Mittelstand vorsieht.

Sachsen ist wegen der starken Exportausrichtung der Industrie von der Krise besonders betroffen. Im verarbeiteten Gewerbe lag der Auftragseingang im Januar 2009 gegenüber dem Vorjahr bei -18,9 Prozent, im Fahrzeugbau sogar bei -24,2%. Seit November letzten Jahres haben in Sachsen mehr als 55.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Das ist ein Anstieg der Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Monaten um mehr als ein Viertel. Abgedeckt wird dies noch durch die Kurzarbeit. Allein seit Jahresbeginn wurde diese für 60.000 Beschäftigte angemeldet.

Mehr Informationen zum „Regionalfonds Sachsen“:

Im Oktober 2008 wurde ein Rettungspaket für die Banken beschlossen, Höhe: 480 Milliarden Euro oder 6000 Euro pro Bundesbürger. Die Wirkung dieses Programms ist umstritten. Zumindest hat es nicht zu einer besseren Kreditversorgung für den Mittelstand geführt.

Die Idee: Das Bundesland Sachsen hat 4,2 Millionen Einwohner, was einem Anteil von etwa 25 Milliarden Euro entspricht. Davon sind ein Sechstel, also 1.000 Euro pro Einwohner, für regionale Strukturpolitik zu verwenden. Das sind 4,2 Milliarden Euro für einen „Regionalfonds Sachsen“. Verwaltet wird das Geld auf Landkreisebene. Bezogen auf meinen Landkreis Zwickau sind das 350 Mio. Euro, mit denen Betriebe und Belegschaften gerettet werden könnten. Die Entscheidung über den Einsatz der Mittel fällt ein regionaler Wirtschafts- und Sozialrat, der sich ähnlich zusammen setzt wie die Selbstverwaltung in den Arbeitsagenturen: Ein Drittel öffentliche Hand, ein Drittel Arbeitgeber, ein Drittel Arbeitnehmer. Im Vorfeld leistet die Wirtschaftsförderung Unterstützung, beratend dabei sind die Kreisparkassen.

PRESSMITTEILUNG